

Stand: 28.07.2026 09:57:09

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/4764

"CO2 als Rohstoff in eine Kreislaufwirtschaft einbinden - CCU und CCS in Bayern ermöglichen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/4764 vom 13.11.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/6468 des WI vom 23.01.2020
3. Beschluss des Plenums 18/6614 vom 19.02.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 41 vom 19.02.2020



Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

CO₂ als Rohstoff in eine Kreislaufwirtschaft einbinden – CCU und CCS in Bayern ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Konzept zur Abscheidung und Nutzung bzw. Speicherung von Kohlenstoffdioxid in Bayern zu erarbeiten. Dabei sind folgende Punkte zu fokussieren:

- Auslotung und Ausweisung geeigneter bayerischer Standorte für die Speicherung von CO₂ gemäß der Länderklausel des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes (§ 2 Abs. 5 KSpG)
- Rückförderung von gespeichertem CO₂ als Rohstoff für industrielle Zwecke
- Nutzungsmöglichkeiten für abgeschiedenes CO₂ für industrielle Zwecke

Zudem soll sich die Staatsregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass § 2 Abs. 2 Satz 1 KSpG ersatzlos gestrichen wird, um somit neue Zulassungen für CO₂-Speicher im gesamten Bundesgebiet zu ermöglichen.

Begründung:

Im Kampf gegen die Klimaerwärmung stehen wir ab dem Jahr 2030, spätestens aber in der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts, vor großen Herausforderungen. Nach aktuellem Stand der Wissenschaft müssen erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um die globale Erwärmung unseres Planeten bis zum Jahr 2100 nicht über 2 Grad ansteigen zu lassen.

Der Weltklimarat (IPCC) sieht in seinem Sonderbericht zum 1,5-Grad-Ziel vom Herbst 2018 in jedem seiner zukünftigen Szenarien zum Erreichen des Zieles den Einsatz von Technologien zur Abscheidung und Nutzung bzw. Speicherung von Kohlenstoffdioxid (Carbon Capture and Utilization, CCU bzw. Carbon Capture and Storage, CCS) vor. Auch die Bundesregierung betont in ihrem Klimaschutzplan 2050, vor allem für die Zeit nach 2030, die Notwendigkeit von Innovationen und erwähnt CCU und CCS explizit als mögliche Maßnahme für den Klimaschutz.

Um die hochgesteckten Ziele zur Treibhausgas-Minderung bis 2050 zu erreichen, müssen bereits jetzt neue und vielversprechende Technologien erforscht und erprobt werden. Zudem müssen verlässliche Rahmenbedingungen für diese Technologien geschaffen werden, damit deren kommerzielle Nutzung ab 2030 gelingt.

Die Staatsregierung sollte daher die Länderklausel des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes nutzen und in Bayern mögliche Standorte für CO₂-Speicher ausweisen. Jedoch konnten Anträge auf Speicherezulassung in der Vergangenheit nur bis zum 31.12.2016 gestellt werden. Neue Speichertechnologien können nun nach aktueller Rechtslage

nicht mehr zugelassen werden. Um weitere Forschung in diesem Feld nicht zu vernachlässigen bzw. den Anschluss an die internationale Forschung nicht zu verlieren, muss § 2 Abs. 2 Satz 1 KSpG gestrichen werden.

Vor allem energieintensive Industrien sind auf den Einsatz von CCU und CCS angewiesen, da nach aktuellem Stand der Wissenschaft bei manchen Industrieprozessen nicht sämtliches CO₂ eingespart werden kann. Zudem ist fraglich, ob die vollständige Elektrifizierung und Dekarbonisierung der deutschen Industrie gelingen kann. Der Verband der Chemischen Industrie geht davon aus, dass allein für die Herstellung von grünem Wasserstoff rund 600 Terawattstunden aus erneuerbaren Energien notwendig wären, um ihre Prozesse klimaneutral zu gestalten. Derzeit produzieren sämtliche erneuerbare Energien in Deutschland gerade mal 180 Terawattstunden.

Die Nutzung der beiden Technologien darf natürlich nicht als Anlass angesehen werden, Anstrengungen im Klimaschutz zu lockern oder aufzugeben. Weiterhin müssen, im Rahmen der Wirtschaftlichkeit, Bayern und Deutschland Vorreiter in Sachen Klimaschutz sein. Nehmen wir das Pariser Übereinkommen und die Berichte des IPCC jedoch ernst, müssen wir heute mit der Erforschung und Erprobung von CCU und CCS beginnen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Drs. 18/4764

CO2 als Rohstoff in eine Kreislaufwirtschaft einbinden - CCU und CCS in Bayern ermöglichen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Albert Duin**
Mitberichterstatter: **Benjamin Miskowitsch**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 18. Sitzung am 23. Januar 2020 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Enthaltung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Sandro Kirchner
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Drs. 18/4764, 18/6468

CO₂ als Rohstoff in eine Kreislaufwirtschaft einbinden – CCU und CCS in Bayern ermöglichen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Nummern 8 und 19 der Anlage zur Tagesordnung. Es sind dies die Anträge der AfD-Fraktion betreffend "Fadenscheinige Klimasymbolpolitik beenden – "Bayerischen Klimarat" abschaffen" auf Drucksache 18/4955 und "Umsetzung des Volksbegehrens "Rettet die Bienen" und dessen Begleitgesetze" auf Drucksache 18/5612. Diese beiden Anträge werden am Schluss der heutigen Sitzung aufgerufen. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Das sind die Kollegen Swoboda und Plenk (fraktionslos). Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- | | |
|--------|--|
| (E) | einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses |
| (G) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen |
| (ENTH) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen |
| oder | Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss |
| (A) | Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder |
| | Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss |
| (Z) | Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss |

1. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner SPD
Bericht zur Strategie der Staatsregierung zur Pestizidminimierung
Drs. 18/4575, 18/6451 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

[illegible]

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Zwanziger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mit Plan in die Zukunft: Konzept zum Tagestourismus im Alpenraum erarbeiten
Drs. 18/4599, 18/6467 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐

3. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
CO₂ als Rohstoff in eine Kreislaufwirtschaft einbinden –
CCU und CCS in Bayern ermöglichen
Drs. 18/4764, 18/6468 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☒

4. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u. a. AfD
Zukünftige Abhängigkeit des Freistaates von Stromimporten
Drs. 18/4842, 18/6464 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☐	☐	☒	☐	☐

5. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang u. a. AfD
Bericht der Staatsregierung über Elektroautos (E-Autos) in Bayern:
Entwicklungen, Erwartungen, Realisierbarkeit und Risiken
Drs. 18/4844, 18/6466 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☐	☒	☒	☐	☒

6. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FDP)
Schnelle und unkomplizierte Hilfe bei Wohnungs- und Obdachlosigkeit
Drs. 18/4878, 18/6220 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☒

7. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Inge Aures,
Florian von Brunn u. a. SPD
Nahtlosen Mieterschutz sicherstellen – Mietpreisbremse in Bayern bis
2025 verlängern
Drs. 18/4883, 18/6448 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☒	☐ ohne

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Ablehnung**“ zugrunde zu legen.

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD) Fadenscheinige Klimasymbolpolitik beenden – „Bayerischen Klimarat“ abschaffen
Drs. 18/4955, 18/6326 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

9. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Eric Beißwenger, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u. a. CSU Problem Großer Brauner Rüsselkäfer
Drs. 18/4974, 18/6452 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

[illegible]

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Brandgefährlich am Wertstoffhof? – Gefahrenpotenzial von Lithium-Ionen-Akkus
Drs. 18/5064, 18/6327 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

[illegible]

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Cemal Bozoğlu u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
„Knockout“ für die rechtsextreme Kampfsportszene
Drs. 18/5066, 18/6332 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒ ENTH	☒	☒

12. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Eric Beißwenger, Martin Schöffel u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Entwicklung der Bienenvölker beobachten
Drs. 18/5140, 18/6456 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒	☒	☒	☒	☒	☒

13. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier AfD
Verschärfung des Identitätsnachweises bei der Stimmabgabe –
Landeswahlordnung nachbessern
Drs. 18/5160, 18/6449 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒ A	☒ A	☒ A	☒	☒ A	☒ A

14. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier AfD
Verschärfung des Identitätsnachweises bei der Stimmabgabe – Gesetz
über die Wahl der Gemeinderäte, der Bürgermeister, der Kreistage und
der Landräte nachbessern
Drs. 18/5161, 18/6333 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☒ A	☒ A	☒ A	☒	☒ A	☒ A

20. Antrag der Abgeordneten Martina Fehlner, Ruth Müller,
Florian von Brunn u. a. SPD
Tierschutzskandal im Allgäu – warum nimmt das Leid kein Ende?
Drs. 18/5636, 18/6461 (E)

[illegible]

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Projekttag Alltagskompetenz in Eigenverantwortung der Schulen
Drs. 18/5651, 18/6458 (A)

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
☐	☒	☐	☐	☐	☐